

„Hochschulen und Nachhaltigkeit“

Ein Memorandum der AG Hochschule des Runden Tisches zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

I. Herausforderung

Der weltweite gesellschaftliche Umbruch verlangt eine neue Qualität im Umgang mit Mensch-Umwelt-Problemen, aber genauso mit der Gestaltung des globalen menschlichen Zusammenlebens. Dieser Globale Wandel ist gekennzeichnet durch drei Grundrichtungen der Entwicklung, die eng miteinander verwoben sind und deren Folgen jeden Tag spürbarer werden.

Die weltweite Vernetzung der Ökonomie wird vorangetrieben durch einen immer rascheren Fluss von Waren, Geld und Informationen – kostengünstige Telekommunikations- und Computer-Technologien einerseits, immer dichter verknüpfte Transportnetze und Energieversorgungssysteme andererseits. Diese explosionsartige Steigerung der verfügbaren Informationen wurde durch die Ausbreitung und massenhafte Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien, den Ausbau der Datennetze sowie die Expansion von Forschung und Entwicklung möglich. Neue und rasch wachsende Ungleichheiten beim Zugang zu Informationen vertiefen die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern der globalisierten Kommunikation.

Die ökonomische Vernetzung verändert weltweit die Produktion, die Logistik und die Warenströme. Multinationale Unternehmen und transnational operierende Finanzakteure versuchen diesen ökonomischen Globalisierungsprozess nicht ohne Erfolg zu beeinflussen. Dieser Prozess führt zu wachsenden Disparitäten zwischen armen und reichen Ländern wie auch zu sozialen und ökonomischen Spaltungstendenzen innerhalb einzelner Nationen.

Die Globalisierung ökologischer Gefährdungen zeigt sich besonders im anthropogenen Treibhauseffekt und dem damit verbundenen Klimawandel sowie im Verlust von Biodiversität. Globale ökologische Gefährdungen sind häufig verknüpft mit regionalen Belastungen. Die ökologische Krisendynamik wird von Wachstums- und Umstrukturierungsprozessen sowie der Aufspaltung der Welt in Arm und Reich voran-

getrieben. Das globale Bevölkerungswachstum beschleunigt bei gleichzeitig stärker werdenden regionalen Disparitäten in der Bevölkerungsdichte und im Konsumniveau die Krisendynamik.

All diese Trends überlagern, verketteten und verstärken sich und führen weltweit und in einzelnen Regionen zu höchst unterschiedlichen ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemlagen. Die Globalität derartiger Folgewirkungen verlangt zukünftig nach einem verantwortungsvollen Umgang der Menschheit mit ihren natürlichen und sozialen Ressourcen.

Das Leitbild der Nachhaltigkeit gilt seit der Verabschiedung der „Agenda 21“ auf der Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ in Rio de Janeiro 1992 als Handlungsrahmen für eine neue globale Entwicklungsperspektive, die ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Aspekte eng miteinander verknüpft. Unter nachhaltiger Entwicklung soll dabei in Anlehnung an den Brundtland-Bericht (1987) eine Entwicklung verstanden werden, „die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ Dass damit widersprüchliche gesellschaftliche Entwicklungen verbunden sein können, soll nicht verschwiegen werden.

Für die Hochschulen stellt das Leitbild der Nachhaltigkeit eine neue Herausforderung in Forschung und Lehre dar, aber auch im Betrieb der Einrichtung selbst: Sie müssen, um ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft zu leisten, nicht nur in der Forschung, sondern auch in der Lehre spezialisierte Fachkompetenz und problemorientierte, systemische und integrierte Bearbeitungs- und Betrachtungsweisen verbinden. Dies erfordert auch neue fächerübergreifende, interdisziplinäre Forschungs- und Lehrstrukturen. Zugleich müssen sich Hochschulen auch zu einem Lebens- und Arbeitsort im Sinne der Nachhaltigkeit entwickeln. Bereits 1994 hat die Europäische Rektorenkonferenz die COPERNICUS-Charta verabschiedet, die eine Orientierung der Hochschulen am Leitbild der Nachhaltigkeit fordert.

Die deutschen Hochschulen stehen seit geraumer Zeit vor einer weiteren Herausforderung. Spätestens seit die europäischen Bildungsminister sich 1999 in ihrer „Bologna-Erklärung“ auf die Einführung eines Systems vergleichbarer Abschlüsse verständigt haben, ist Bewegung in die Hochschulentwicklung gekommen. An Universi-

täten und Fachhochschulen werden die traditionellen Diplom- und Magisterstudiengänge auf Bachelor- und Masterprogramme umgestellt. Nachhaltige Entwicklung soll in diesem Reformprozess eine besondere Rolle spielen, wie die europäischen Bildungsminister auf ihrer Konferenz in Bergen im Mai 2005 in ihrem Abschlusskommuniqué festgehalten haben (Europäischer Qualifikationsrahmen).

Seit dem Frühjahr 2005 spielt auf europäischer Ebene ein weiteres politisches Dokument zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung eine wichtige Rolle: die Strategie und das Aktionsprogramm der United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (UNECE Strategy for Education for Sustainable Development). Das Ziel der UNECE-Strategie ist, die Mitgliedsstaaten zu ermutigen, Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in ihre formalen Bildungssysteme und in alle relevanten Fächer zu integrieren sowie die non-formale und die informelle Bildung in ihrer Bedeutung zu stärken. Dadurch sollen Menschen die Fähigkeiten und die Kompetenzen erwerben, komplexe und konfliktbeladene Abwägungsprozesse für ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur und unter Berücksichtigung sozialer Werte, Geschlechtergerechtigkeit und kultureller Vielfalt zu führen. Die Weltdekade der Vereinten Nationen „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005-2014)“ unterstützt diesen Prozess lebenslangen Lernens und verfolgt das Ziel, nachhaltige Entwicklung als ein zentrales Element in allen Bildungsbereichen zu verankern, so auch in der Hochschulbildung.

Die deutschen Hochschulen befassen sich bislang nicht systematisch mit der Frage, wie Aspekte von nachhaltiger Entwicklung in Lehre und Forschung integriert werden können. Auch wenn es aktuell eine Reihe von Studienangeboten gibt, in denen nachhaltige Entwicklung eine Rolle spielt, nehmen Studiengänge und Lehrmodule, die auch explizit die Bezeichnung „Nachhaltigkeit“ oder „Sustainable Development“ im Titel führen, nur eine marginale Rolle ein. Einzelne Hochschulen haben sich auf unterschiedlichen Ebenen (Studium und Lehre, EMAS-Zertifizierung, Nachhaltigkeitsberichterstattung, sparsamer Umgang mit Ressourcen u.a.) beispielhaft mit Nachhaltigkeitsfragen auseinandergesetzt, ohne damit allerdings bislang eine Breitenwirkung erzielt zu haben. Ein aktives Netzwerk zwischen den Hochschulen zu Fragen der nachhaltigen Entwicklung existiert nicht, auf der Ebene einzelner Bundesländer sind wenige Ansätze zur Implementierung des Leitbildes Nachhaltigkeit in Hochschulen erkennbar.

Was die Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zum Bereich Hochschulen und Nachhaltigkeit betrifft, hat die deutsche Bundesregierung das Rahmenprogramm „Forschung für Nachhaltigkeit“ (FONA) eingerichtet, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) umgesetzt wird. In diesem Rahmenprogramm sind Anforderungen an die strategische Entwicklung von Hochschulen formuliert, die sich auf individuelle Arbeitsprogramme in Hochschulen konzentrieren, die Schaffung von hochschulübergreifenden Partnerschaften mit Netzwerken bis zu 20 Hochschulen anregen und ein umfassendes Monitoring der Beiträge deutscher Hochschulen für eine nachhaltige Entwicklung zur Verbesserung der gesellschaftlichen Transparenz vorschlagen. Hierzu wurde allerdings noch kein konkretes Förderprogramm eingerichtet. Dagegen besteht bereits seit über fünf Jahren das Förderprogramm „Sozialökologische Forschung“, wodurch unterschiedliche Schwerpunkte in der Nachhaltigkeitsforschung unterstützt werden. Einige große Stiftungen (z.B. die Deutsche Bundesstiftung Umwelt) haben in den vergangenen Jahren ebenfalls Entwicklungsvorhaben zu „Hochschule und Nachhaltigkeit“ unterstützt.

An den meisten Hochschulen findet jedoch bislang keine systematische Auseinandersetzung mit der Frage statt, wie sie sich den Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung in Forschung, Lehre und Transfer stellen wollen. Auch auf politischer Ebene spielt das Leitbild der Nachhaltigkeit in der strategischen Ausrichtung bundesdeutscher und länderspezifischer Hochschulpolitik noch keine tragende Rolle. Ähnlich fällt die Bilanz mit Blick auf die „Exzellenzinitiative“ der Bundesregierung aus: Auch hier sind bisher keine Ansätze erkennbar, die Fragen der nachhaltigen Entwicklung in den Vordergrund stellen. Die Ursachen hierfür sind sehr unterschiedlich – nicht zuletzt mag es daran liegen, dass das Leitbild der Nachhaltigkeit in der Öffentlichkeit zu wenig präsent ist. Gründe sind zudem zu finden in der immer engeren disziplinären Ausrichtung und wissenschaftlichen Spezialisierung von Hochschulen, aber auch im behäbigen Reagieren auf notwendige Veränderungen und damit verbundene organisatorische Entwicklungsprozesse. Das Memorandum möchte zu integrativen und additiven Maßnahmen und Prozessen anregen, die es ermöglichen, sich stärker als bislang mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung auseinander zu setzen.

II. Maßnahmen

Vor diesem Hintergrund wird angeregt, in den Hochschulen und in der Politik einen vertieften Selbstprüfungsprozess zu beginnen, der folgenden Aspekten besondere Geltung verschaffen und auf dieser Grundlage konkrete Maßnahmen in Lehre, Forschung und Organisationsentwicklung bewirken soll, wobei sich auch die Frage nach entsprechenden Kapazitäten stellt:

- Im Diskurs mit der Gesellschaft sind durch verstärkte Bildung und Wissensvermittlung Fähigkeiten zur Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung zu stärken. Hochschulen sollen bei ihren Studierenden Kompetenzen fördern, die es ihnen ermöglicht, in globaler Verantwortung eine lebenswerte Zukunft für heutige und kommende Generationen zu gestalten; ein besonderes Augenmerk sollte auf die Natur-, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften gerichtet werden. Darüber hinaus soll die Persönlichkeitsbildung bei den Studierenden eine wichtige Rolle spielen, wobei dies sowohl durch Disziplinen verbindende als auch durch Disziplinen übergreifende Lehrangebote – z. B. im Sinne von „General Studies“ – ermöglicht werden kann. Bis zum Jahr 2010 sollen alle Hochschulen in ihre Studienprogramme Aspekte nachhaltiger Entwicklung integriert haben. Die Lehrenden sind durch geeignete Zielvereinbarungen und Fortbildungsmaßnahmen auf diese Aufgabe vorzubereiten.
- In Besonderheit sind die verschiedenen Studiengänge in der Lehrerbildung durch Module im Sinne der Anforderungen für eine nachhaltige Entwicklung zu verändern, um die Absolventen dieser Studiengänge darauf vorzubereiten, sich in der Schule kompetent mit Kindern und Jugendlichen zu Fragen der nachhaltigen Entwicklung auseinander setzen zu können. Dazu gilt es, Lehramtsstudierende selbst solche Kontexte erfahren zu lassen, in denen Fächer verbindend und Fächer übergreifend gearbeitet wird sowie Partizipation, Handlungsorientierung, Reflexivität und Problembezug realisiert werden. Zugleich ist der Entwicklung und Erprobung neuer Unterrichtsmethoden, Lernformen und Organisationsstrukturen ausreichend Raum zu geben. Für aktive Lehrerinnen und Lehrer sind weiterbildende Studienangebote im Sinne einer Multiplikatoren Ausbildung vorzusehen. Bis 2010 sollte jedes Bundesland mindestens an einem Hochschulstandort ein entsprechendes Multiplikatorenangebot realisiert haben.

- Die Hochschulen sollen selbstkritisch ihr inter- und transdisziplinäres Potenzial überprüfen und im Diskurs mit anderen Einrichtungen zum Vergleich bringen. So erst können die relevanten Forschungsfelder und -strategien für die Zukunft ermittelt werden. Komplexe Wechselwirkungen zwischen Mensch und Umwelt sowie die globalen Probleme des menschlichen Zusammenlebens sind nur sinnvoll zu erforschen und zu bearbeiten, wenn sich die Geistes-, Wirtschafts-, Sozial- und Verhaltenswissenschaften mit den Natur- und Technikwissenschaften stärker verbinden. Hierzu sind inter- und transdisziplinär angelegte Modellprogramme und Modellstrukturen unverzichtbar.
- Das BMBF soll zusammen mit den Ländern die im Rahmenprogramm „Forschung für Nachhaltigkeit“ (FONA) angekündigten Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zum Bereich Hochschulen und Nachhaltigkeit bis 2008 in ein konkretes Förderprogramm umsetzen. Hierzu gehören Projekte zur strategischen Entwicklung von Hochschulen, die Schaffung von hochschulübergreifenden Partnerschaften mit Netzwerken und ein umfassendes Monitoring der Beiträge deutscher Hochschulen für eine nachhaltige Entwicklung. Das Förderprogramm „Sozialökologische Forschung“ ist kontinuierlich fortzuschreiben.
- Vor dem Hintergrund ihres jeweiligen Profils sind die Hochschulen aufgefordert, bis zum Jahr 2009 unter breiter Beteiligung ihrer Mitglieder ein Konzept und einen Umsetzungsplan zur Nachhaltigkeit mit entsprechenden organisatorischen Rahmenbedingungen zu entwickeln. Dieser Prozess ist in den Hochschulentwicklungsplänen so zu verankern, dass nachhaltige Entwicklung ein fester Bestandteil im Selbstverständnis der Hochschulen bis zum Jahr 2012 wird. Im Rahmen eines geeigneten Berichtsverfahrens sind die Fortschritte zu dokumentieren.
- Unter dem Gesichtspunkt einer an nachhaltiger Entwicklung ausgerichteten Bildung und Ausbildung sind die Lehrstrukturen für die Bachelor- und Masterstudiengänge ebenso wie für weiterführende akademische Ausbildungsgänge (Promotion) auf inter- und transdisziplinäre Vernetzung und die Befähigung der Studierenden zu erfolgreichem selbständigem Handeln und globaler Verantwortlichkeit auszurichten. Nachhaltige Entwicklung erfordert ein integriertes Wissen-

schaftsprogramm. Bei der Akkreditierung von Studienprogrammen und bei den Forschungsevaluationen muss die Einbeziehung von Aspekten nachhaltiger Entwicklung ein maßgebliches Kriterium sein. Akkreditierungsrat, Kultusministerkonferenz (KMK), Wissenschaftsrat und Hochschulrektorenkonferenz sind aufgefordert, entsprechende Initiativen zu ergreifen und Rahmenbedingungen zu schaffen.

- Die regionale und überregionale Kooperation mit zukunftsorientierten Kräften in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ist entschieden zu stärken. Dabei muss nachhaltige Entwicklung zu einem Merkmal möglicher Kooperationen werden. Die Hochschulen sind aufgefordert, regionale und überregionale Nachhaltigkeitsnetzwerke – verbunden mit Transferstrategien – zu initiieren, zu betreiben bzw. weiter zu entwickeln. Bis zum Jahr 2010 sollen möglichst an jedem Hochschulstandort tragfähige Netzwerke etabliert sein.
- Soweit dies noch nicht geschehen ist, werden die Wissenschaftsminister und -senatoren der Länder aufgefordert, die Ziele der Bildung und Wissensvermittlung für eine nachhaltige Entwicklung wie auch entsprechende Forschung explizit in die Zielvereinbarungen mit den jeweiligen Hochschulen aufzunehmen. Dabei sollen die Ziele anhand prüfbarer Kriterien beschrieben werden und die Zielerreichung in die Verteilung der Anreizmittel einfließen.
- Um den Umsetzungsprozess in den Hochschulen der Länder mit Nachdruck zu unterstützen und nach Möglichkeit auch zu koordinieren, werden die Wissenschaftsminister und -senatoren gebeten, im Rahmen der Kultusministerkonferenz eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern der Hochschulen und der zuständigen Ministerien zu bilden, die regelmäßig über die Fortschritte berichtet.
- Die zuständigen Länderministerien sind aufgefordert, ein länderübergreifendes Förderprogramm und Benchmarking zu schaffen, das den Prozess der kritischen Selbstprüfung und der Auseinandersetzung mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung in Lehre, Forschung und Transfer, aber auch hinsichtlich der Veränderung der Institution selbst, wirksam unterstützen kann. Dieses Programm soll bis zum Jahr 2010 in einer ersten Phase umgesetzt und evaluiert werden. Zusätzlich

sollte ein Wettbewerb „Hochschule für Nachhaltigkeit“ ausgeschrieben werden, der alle zwei Jahre zu unterschiedlichen Schwerpunkten die besten Hochschulen auszeichnet.

- Die Wissenschafts- und Bildungsminister der Länder werden aufgefordert, die Ziele, Instrumente und Zwischenergebnisse zu „Hochschule und Nachhaltigkeit“ in geeigneter Form in der Öffentlichkeit zu präsentieren und zu kommunizieren. Hierzu ist im Jahr 2009 ein Kongress im Rahmen der Zwischenbilanz zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ durchzuführen, auf dem das Erreichte zu diskutieren und zu dokumentieren ist sowie weitere Schritte und Maßnahmen zu erarbeiten sind.

III. Appell

Mit dem Memorandum ist die Erwartung verbunden, dass die kritische Selbstprüfung der Hochschulen sowie ihre Auseinandersetzung mit den entsprechenden Politik- und Verwaltungsbereichen vor dem Hintergrund der nachhaltigen Entwicklung, wie es die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ fordert, wieder zu einer stärkeren Selbstfindung und zur Freisetzung beträchtlicher Potenziale in Forschung, Lehre und Transfer führen wird.

Nachhaltige Entwicklung braucht eine breite Verankerung an den Hochschulen. Daher müssen alle Hochschulangehörigen mehr Verantwortung für ihre Institution übernehmen, damit diese zu *ihrer* Angelegenheit wird. Hochschulangehörige müssen ihre Aufgabe im Horizont einer Weltgesellschaft im Wandel begreifen, so dass die Hochschule der offene Ort einer ideenreichen Zukunftswerkstatt wird. Wissenschaft, Politik und Verwaltung sind zu einem verantwortungsvollen Umgang mit dem hohen öffentlichen Gut Wissenschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung aufgefordert!

Hannover, den 16. März 2007